

Badener Hundepartnerschaft: Kein Verständnis bei Stadtregierung **ÖVP-Mandatar bangt um sein Sitzungsgeld**



Hundesteuersenkung als Anreiz für freiwillige Ausbildung: für ÖVP nicht wichtig!

Gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 18. Juni wurde der Antrag „Badener Hundepartnerschaft“ der drei Gründerinnen der Hundepattform PFOTE mit NOTE – GR Silvia Dobner, GR Heidi Hofbauer und StR Christine Witty – vergangene Woche im Gemeinderatsausschuss (für allgemeine Verwaltung) behandelt. Die „Badener Hundepartnerschaft“ sieht die Umsetzung des Mödlinger Modells vor: die Reduktion der Hundeabgabe um jährlich 20 Euro auf Lebenszeit des Hundes für alle Hundehalter, deren Hund/e in Baden gemeldet ist/sind und den „Badener Hundeführschein“ (Ausbildung mit bestandener Prüfung, die die soziale Verträglichkeit im urbanen Gebiet zum inhaltlichen Schwerpunkt hat) absolviert haben oder die bereits den Wiener Hundeführschein absolviert haben oder die mit einem Nicht-„Listenhund“ freiwillig den NÖ Sachkunde-Nachweis erbracht haben.

„Die ‘Badener Hundepartnerschaft’ versteht sich als Präventionsmaßnahme, um durch entsprechende Ausbildung von Hund und Hundehalter potenzielle Konflikte und Unfälle mit Hunden zu vermeiden. Und jeder Hundehalter, der sich mit seinem Hund FREIWILLIG einer solchen Kosten verursachenden Ausbildung samt Prüfung unterzieht, soll belohnt werden“, erklärt StR Christine Witty.

„Damit so viele Hundehalter wie möglich diese freiwillige Ausbildung machen, soll es einen attraktiven Anreiz geben. Die Stadt Mödling hat das erkannt, Baden leider nicht. So greift die bestehende Förderung der Stadtgemeinde Baden (einmalig 20 Euro) viel zu wenig weit, ist leider nur einmalig und stellt keinen effektiven Anreiz dar“, führt GR Silvia Dobner aus.

„Bei der Umsetzung des Mödlinger Modells geht es zudem um keine großen Summen: die Mödlinger Zahlen auf Baden umgelegt, bedeuten, dass diese Maßnahme lediglich 4% oder nicht einmal EUR 4.000 weniger Einnahmen für die Stadt bedeuten würde. Der ÖVP-Vorschlag, die Hundeabgabe für lediglich ein Jahr um 50% zu reduzieren – das sind bloß einmalig (!) 29 Euro –, stellt keinen wirksamen Anreiz dar, sondern ist bestenfalls ein Wahlgag kurz vor den im Jänner stattfindenden Gemeinderatswahlen“, GR Heidi Hofbauer verärgert.

Haarsträubend dazu die Reaktion des ÖVP-Gemeinderates Forsthuber: „Wenn wir das bei allen Abgaben machen, können wir bald kein Sitzungsgeld mehr zahlen.“

„Manchen ÖVP-Politikern unserer Stadt geht es offensichtlich nicht um das Wohl der Badener Bürger und deren Tiere, sondern lediglich um ihr eigenes Gerstl...!“, die drei Mandatarinnen enttäuscht.

(Zur Erklärung: „Sitzungsgeld“ ist das Entgelt eines Gemeinderates für eine Gemeinderatssitzung. – Derzeit sind das EUR 1.581,09 pro Gemeinderatssitzung.)